

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Die Abnahme von unsern Anzeigen, bei Zustellung ins Haus durch unsere Kurierfahrer in
den Städten und auf dem Lande anderenorts durch die Post 1.20 Pfd. außer 42 Pf.
Zuschlag. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Wochentagen nachmittags.
— Nachdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit deutlicher Quellenangabe gestattet.
— Für Rücksende ungelangter Einlieferungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seitig. illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die eins. Zeile oder deren Raum für Merseburg und näher
Umgebung 10 Pf. Feinste Anzeigen 25 Pf. auswärtige pro Zeile
20 Pf. im Ansatze 40 Pf. Bei fortwährender Einlieferung ermäßigter
Gebühr für Erhaltenwerden nach Vereinbarung. Für Anzeigen und
Besondere Berechnung, nach ausdrückl. mit Vorzugsfrist. Erfüllungsort Merseburg.
— Nachdruck für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, Feinste
Anzeigen bis höchstens 9 Uhr. Samstagsanzeigen bis 10 Uhr vorzuzug.

Nr. 207.

Mittwoch den 4. September 1912.

39. Jahrg.

Der Berliner Aufruf für Chemnitz.

Die in voriger Woche abgehaltenen Generalversammlungen der sozialdemokratischen Partei in den sechs Berliner Reichstagswahlkreisen lassen den Schluss zu, daß es auf dem Parteitage in Chemnitz doch vermutlich zu recht lebhaften Auseinandersetzungen kommen wird. Wenn in den neulichen Versammlungen der Berliner Sozialdemokratie konstatiert wurde, daß die Organisation insoweit auf dem vollen Punkte angelangt ist und vielerlei Mängel aufweist, so ergaben die erwähnten Generalversammlungen das Resultat, daß die Berliner Genossen auch in der Stellungnahme zu politischen und lokalen Fragen keineswegs eine geschlossene und daher imponierende Einheit bilden. Die Auffassungen zu den politischen Tagesfragen gehen vielmehr in der Berliner Sozialdemokratie weit auseinander.

Die Verhandlungen, über die in „Vorwärts“ ein ausführlicher Bericht vorliegt, boten eine ganze Reihe interessanter Momente.

Im ersten Wahlkreise nannte der Abg. Ströbel die Maßfeier eines der Schmerzensmänner der Partei, er schlug aber vor, die Feier in den „bescheidenen Grenzen“ bestehen zu lassen, in denen sie sich heute abspielt. Hinsichtlich des Stichwahlabkommens nahm Ströbel einen vermittelnden Standpunkt ein. Er war gegen die Schaffung eines Parteiaussschusses, der dem Parteivorstande zur Erledigung wichtiger politischer Fragen zur Seite gestellt werden soll, und die Sonderkonferenzen hielt er für den guten Weg der Minoritäten.

Auf einen wesentlich anderen Standpunkt stellte sich der Abg. Fischer im zweiten Wahlkreise. Er wandte sich in der ihm eigenen drastischen Art gegen die Darstellung, als ob der Parteivorstand „verknöchert“ sei und als ob ihm „schiefes Blut“ eingeschloßt werden müsse. Bei dem ungeheuren Einfluß von Behel und Singer aber sei es selbstverständlich, daß einige Zeit, als sie krank waren, die Zügel schliefen. Es spreche nicht gegen die Demokratie, wenn Männer wie Behel und Singer einen ganz außerordentlichen Einfluß besäßen! Eine Vermehrung der Parteivorstandsmitglieder sei überflüssig. Fischer sprach scharf gegen die Eigenart der Konferenz der Radikalen wie überhaupt gegen alle Sonderkonferenzen, und er trat für die Schaffung des Parteiaussschusses ein. Das Stichwahlabkommen fand seine volle Billigung: „Wenn man die Freistimmigen veranlassen wollte, eine Parole für uns auszugeben, dann müßten wir auch Zugeständnisse machen. Man kann kein Abkommen treffen, wenn die anderen keine Stige bekommen, und so war es nötig, in den Kreisen, in denen wir aus eigener Kraft nicht stehen konnten, den Wahlkampf zu dämpfen. Ein Sieg wäre uns nur mit reaktionärer Hilfe möglich gewesen, so wie es z. B. in Nordhaußen gewesen ist, wo die Antifemiten aus Ärger über das Stichwahlabkommen unseren Genossen Cohen wählten und den Freistimmigen durchfallen ließen.“ Fischer hielt es für zweifelhaft, ob wir nicht ohne das Stichwahlabkommen heute schon ein Arbeitswilligen-Schutzgesetz hätten. Diese verständigen, nüchternen Anschauungen Fischers fanden freilich in der Versammlung nicht ungeteilten Beifall. Dr. Parteiarchivar Brunwald sprach von dem „Kopfschütteln“, das die Dämpfung verursacht habe, und er prägte den Satz: „Der Dämpfungsummel wird nie wiederkehren.“

Im dritten Wahlkreise nahm Abg. Pfannschuch den Parteivorstand gegen die Vorwürfe der Bureaukratie in Schutz; die Eisenacher Konferenz wurde von ihm bekämpft, ebenso die Anträge auf Austritt aus der Kirche. Nichtsdestoweniger wurde ein solcher Antrag auch hier angenommen, also gegen die Haltung des eigenen Abgeordneten des Kreises! Auch Pfannschuch rechtfertigte das Stichwahlabkommen und gab der Überzeugung Ausdruck, daß der Parteitag es billigen werde.

Der Abgeordnete des vierten Kreises, Herr Büchner, billigte hingegen das Stichwahlabkommen nicht. Man könne die begriffliche Erregung über die angeordnete Dämpfung in den beteiligten Kreisen nur zu gut verstehen, nachdem der Wahlkampf bei den Hauptwahlen mit aller prinzipiellen Schärfe geführt worden sei. Der Genosse Büchner verteidigte wiederum das Stichwahlabkommen und wollte auch, im Gegensatz zu vielen

anderen Rednern, daß die Reichstagsfraktion auf dem Parteitage nach wie vor volle Vertretung habe. Der Landtagsabg. Borchardt sprach scharf gegen das Verbot der Sonderkonferenzen, das jetzt mit einemmal ausgesprochen werden solle, während die Revisionisten solche Konferenzen schon immer abhielten. Eine Resolution, die Annahme fand, verurteilte das Stichwahlabkommen.

Im fünften Wahlkreise konstatierte dagegen der Abg. Wels, daß dieser Kreis die Stichwahlaktion des Parteivorstandes gebilligt habe. Er empfahl warm die Einsetzung des Parteiaussschusses und bekämpfte den von Lebebour vorgeschlagenen politischen Beirat. Maßgebend sagte er: „Wer die Verhältnisse kenne, könne die Namen der fünf oder sieben Genossen an den Fingern aufzählen, die es für das bringenste Erfordernis halte, daß sie jetzt die Führung der Partei übernehmen.“ Die Sonderkonferenzen der verschiedenen Richtungen in der Partei seien in der Reichstagsfraktion seit längerer Zeit im Gange; nichts könne der Partei so schädlich werden wie solche Konferenzen. Der Abg. Schmidt suchte zwar diese „Entstellungen“ seines Reichstagskollegen Wels über die Trennungslinie zwischen den verschiedenen Richtungen der Partei abzuqualifizieren, stimmte aber im übrigen vielfach mit Wels überein. Hinsichtlich des Stichwahlabkommens erklärte Schmidt, bellanlich einer der ruhigsten Leute seiner Partei: Im Sturze der schwarz-blauen Mehrheit hätte jedes Mittel recht sein müssen; es werde für das Proletariat nichts gewonnen, wenn wir nur immer geradeaus führten; im Parlament müsse jede Situation ausgenutzt werden, und die 110 Mandate nützen nichts, wenn nicht eine bürgerliche Opposition in bestimmten Fragen mit der Sozialdemokratie zusammengehe.

Ganz anders lauteten natürlich die Reden im sechsten Wahlkreise. Hier wurde ein Antrag, die Sonderkonferenzen zu beurteilen, abgelehnt, dagegen ein scharfer Protest gegen das „fluchwürdige“ Verhalten des Abg. Landschuh während des Kaiserhochs angenommen. Herr Lebebour verteidigte die Sonderkonferenz in Eigenach und besagte es bitter, daß man nicht überall nur solche Reichstagslandstände aufstelle, die „voll und ganz“ auf dem Boden der Parteischlüsse stehen, wo die radikale Richtung stets gefolgt habe. Lebebour gab offen zu, daß es viele Fragen gibt, so zum Beispiel die Budgetfrage, die Kolonialfrage, wo die Meinungen innerhalb der Fraktion auseinander gehen. Und auch Liebernecht konstatierte diese Tatsache; er griff die Revisionisten scharf an, sprach von „demagogischen Klaffen“ derselben und empfahl, mit den „sozialistischen Monatsheften“ reinen Tisch zu machen.

Aber die Frage, wie der Parteivorstand in Zukunft zusammengefaßt sein und wie die Reichstagsfraktion auf dem Parteitage vertreten werden sollen, gingen die Meinungen der verschiedenen Redner himmelweit auseinander. Der Eindruck, daß die Sozialdemokratie sich in einer starken inneren Gärung befindet, ist durch diese Verhandlungen der Berliner nur noch bekräftigt worden. Es entwickelte sich da eine Erscheinung, die derjenigen nach dem großen Siege von 1903 analog ist. Wenn auch Szenen wie 1903 in Dresden, 1912 in Chemnitz nicht zu erwarten sind, so sind doch die Gegensätze innerhalb der Partei vielleicht noch schwerwiegender, weil sie mehr auf sachlichen als auf persönlichen Momenten beruhen.

Alerikalisierung der Armee.
D. E. K. Wie das Experiment mit dem Zentrumsministerium den Ultramontanen Mut macht, um auch das letzte nationale Bollwerk, das Volksheer, in ihre Hand zu bekommen, wurde in der zweiten bayrischen Kammer bei der weiteren Beratung des Militäretats offenbar. Der Zentrumsabg. Steets ließ die Frage soweit aus dem Saal, daß er unter dem schönen Vorwand, aus der Kaserne eine Erziehungsschule in sittlicher, religiöser und vaterländischer Beziehung zu machen, anregte, Mittel durch die Militärverwaltung bereitzustellen, damit den Soldaten, „in der Kaserne in der freien Zeit“ die Lektüre von „Tagesblättern“, die nicht antikristlich, antichristlich, antinational sind — man beachte die Reihenfolge — ermöglicht

werde. An diesen niedlichen Vorschlag, die Politik in die Kaserne hineinzutragen, um gleich frisch weg vom Kasernehof für den Zentrumsgeist die nötige bewaffnete Macht zu werben, schloß Steets einige Drohungen, damit die Militärverwaltung doch weiß, um was es der herrschenden Partei zu tun ist: „Der Grundgedanke soll nicht gelten: Catholica non legatur. Auch die katholische vaterländische Presse sollte den Soldaten zur Verfügung gestellt werden.“ Auf den Index aber werden alle sogenannten „kirchensendlichen“ Blätter gesetzt und das Zentrum oder mindestens doch Erzbischof von Bettinger bestimmen, was dazu gehört, um unter diese Rubrik zu kommen. Eine wirklich löstbare Dreifaltigkeit! Zumal wenn man weiß, wie verächtlich das Zentrum mit dem Schlagwort „kirch- und christentumsfeindlich“ umgeht.

Indessen, die Sache ist nicht leicht zu nehmen; was andern, die mit dem Wesen des Ultramontanismus weniger bekannt sind, als dummer Scherz oder als Spantaster erscheinen mag, ist den Vorkämpfern clerikaler Macht durchaus ernst. Der Jesuit Cohausz hat auf dem Lager der Katholikentag damit angefangen in fröhlicher Demagogieart Militärrevolutionen an die Wand zu malen, als ob unsere Verhältnisse sich überhaupt mit denen in Portugal, an Bosphorus und in Bering vergleichen ließen, dann hieß der Zentrumsabg. Frhr. von Franckenstein in der bayrischen Kammer in dieselbe Kerbe mit seinen verstaubten Andeutungen über „Simplicismuskultur“ im bayrischen Offizierskorps, und schon früher hat die Zentrumspresse, um für die jesuitischen Ultramontaneerzetzten Propaganda zu machen, in gemeingefährlicher Übertreibung unser Heer als verachtet hingestellt. So das Regensburger Zentrumsblatt des Abg. Veld, das behauptete, 50 Prozent unserer Offiziere seien geschlechtskrank. Das sind alles die gleichen Verleumdungen, die in die allerhöchsten Kreise hinein irrezumachen, damit sie dann willig sind, die „retende“ Jesuitenhand zu ergreifen.

Woll man den Staat unter kirchliches Kuratel stellen will, darf das Heer davon keine Ausnahme machen. Der Abg. Steets verlangte, daß die Kompagniegröße die Kontrolle über die den Soldaten zu gewöhnende Lektüre an die Geistlichkeit abtreten sollten. Und in Vorbringen haben vier Kapläne, weil sie sich in die militärische Ordnung nicht fügen wollten, ihre Beschwörung auf die Drohung mit parlamentarischer Zentrumsart unterzeichnet. An solchen Symptomen ultramontaner Unterwühlungsarbeit, die nicht mit dem Wort „Abergott“ abgetan ist, sondern System hat, kann man nicht mehr gleichgültig vorübergehen. Der bayrische Kriegsminister Krefz von Krefzstein hat Recht, auf die „Anregungen“ des Abg. Steets gar nicht weiter einzugehen. Aber wahrscheinlich ist er damit dem Zentrum, dem er als Protektant sowieso nicht in den Kram paßt, nun erst recht „inspußt“ geworden, und wenn erst die Jesuiten da sind, wird man auch vor Kriegsministern nicht mehr Halt zu machen brauchen.

Zur Fleischsteuer.

Das christliche Gewerkschaftsblatt in Bonn hat, der „Burm. Ztg.“ zufolge, an das Bezirksleiteramt einen Antrag auf Maßregeln gegen die Fleischsteuer gerichtet. Als geeignete Mittel zur Abhilfe werden empfohlen der Engros-Bezug von Schlachtochtern oder Fleisch durch die Stadt und Verkauf an die Arbeiter zum Selbstkostenpreise in eigenen Verkaufsstellen, oder Abgabe an Metzgereien, die das Fleisch zu fettgehaltigen Breiten mit angemessenem Gewinn an die Arbeiter verkaufen, zeitweilige Aufhebung oder Milderung der Schlachtochtereinkaufs- und Fleischbeschaffungsstellen für die Arbeiterunterstützung, Verkauf von Fleisch an die Arbeiter der Stadt an die Metzgereien, überlassen durch Fleischsteuerung der Fleisch- oder Fleischverkaufsstellen die augenblickliche Notlage zu beheben. Nur die bis zu 8000 Mark Wertenernten sollen zum billigen Fleischbezug berechtigt sein.

Die Abhilfsmassnahmen der Landwirte sowie die Landwirte benötigten, wie der „Schles. Ztg.“ geschrieben wird, sich zusammenzuschließen, um große Schweinemärkte in ins Leben zu rufen. Besonders in der Altmark sollen solche großen

eht sich erst auf den Monat Oktober. Der Kanzler wird nach seinem Besuch beim Grafen Verdolp auf Schloß Buchlau nach Berlin zurückkehren.

— Der Staatssekretär des Reichsfinanzamts Kuhn ist vom Urlaub nach Berlin zurückgekehrt.

— Der Vorsitz im ägyptischen Ministerium. Der König hat dem Kriegminister Generalobersten Freiherrn v. Hausen den Vorsitz im Gesamtministerium und dem Kultusminister Deck den Vorsitz bei den in Evangelische- und katholischen Staatsministern übertragen.

— (Sozialdemokratie und Krieg.) Der Reichstagsabgeordnete Sime hat auf einer sozialdemokratischen Konferenz in Dessau ausgeführt: Materialwaffe sei, daß auch noch eine stärkere Sozialdemokratie schließlich die sozialen Kriegeser aller Länder nicht hindern könne, einen Krieg zu entfachen; und wenn es einmal so weit käme, so wäre es eine tödliche Katastrophe, an einem Generalstreik gegen den Krieg zu denken. Jede eine feindliche Reaktion bevor, so würde das Sicherstellungsbedürfnis der Angehörigen aller Klassen stärker sein, als theoretische Gründe und die größte Friedensliebe. Eine Partei, die, wenn auch in böser Überzeugung, die Gefahr eines solchen Einbruchs vergrößert oder nur zu vergrößern schiene, würde ausgeschied haben. Die deutsche Sozialdemokratie wisse das. Die ausländischen Genossen, die sehr bereit wären, den Kriegsstreit zu beschließen, sich aber unfähig erweisen, in ihrer eigenen Länder auch nur zum zehnten Teil den Chauvinismus so zurückzudrängen, wie die deutsche Sozialdemokratie es täte, müßten ebenso ihre Schuldigkeit tun wie wir. Dann würde der Friede immer gesichert werden.

— (Kaiserliche Marine) Das zweite Geschwader und die kleinen Kreuzer der Hochflotte sind Sonntag nachmittag zu den Westküsten abgelaufen.

Provinz und Umgegend.

† Halle, 3. Sept. Die städtischen Behörden in Halle beschloßen gestern, sich dem Vorgehen von Magdeburg bei Maßnahmen zur Steuerung der Fleisch- und anzu schließen. Über einen Antrag, 200 000 Mk. beizustellen, um allen Einkäufern mit einem Einkommen von weniger als 2400 Mk. billiges Fleisch zu liefern, soll noch von der Steuerungskommission entschieden werden. — Auf dem hiesigen Elektrizitätswerk verunglückten drei Arbeiter durch eine Explosion. Sie wurden schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht.

† Halle, 2. Sept. Die Kreislehrerkonferenz für Halle fand am 12. September in Dietrichshagen statt. Sie hielt eine Reihe aber auch der Neuzeit entsprechende Auswahl von Vorträgen. Unter dem von der Kreisregierung gesellten Thema: „Der Wertunterricht“ unter Leitung der Schiffs- und Schiffsbau- und Schiffbau-Abteilung über: „Die Arbeit der Wind- (Windmühle, Turbine, Propeller etc.), Professor Dr. Weertens Magdeburg referiert über: „Schutz des Naturdenkmäler“ und Professor Kolbe über: „Naturdenkmäler des Saalkreises“. Nach einem geschäftlichen und geschäftlichen Mitteltage der einzelnen Bezirkskonferenzen. Den Schluß bildet wie alljährlich ein gemeinsames Mittagessen im Konferenzlokale, dessen Kosten durch die von der Kreisregierung hierfür ausgeworfene Summe abgedeckt wird.

† Magdeburg, 2. Sept. Am Sonntag ist der Geh. Archivar Dr. Georg Winter nach längerem Leben gestorben. Er war ein hervorragender Gelehrter und ein Mann, der trotz seiner unruhigen wissenschaftlichen Arbeit in vorbildlicher Weise am politischen Leben teilnahm. Dr. Winter war ein hervorragendes Mitglied der national-liberalen Partei, deren Kandidat er in Eisenach und Frankfurt a. O. war. Seine wissenschaftlichen Arbeiten bewegten sich auf dem Gebiete der mittelalters- und Neuzeit und auch auf dem der neueren Geschichte.

† Erfurt, 2. Sept. Der Fabrikbesitzer Paul Gerlach, Inhaber der Erfurter Bad-, Farber- und Filzfabrik A. v. Buchardt, ist zum Kgl. Preuss. Kammerpräsident ernannt worden.

† Halberstadt, 2. Sept. In der vergangenen Nacht haben Einbrecher das Juweliergeschäft von Theodor Schöne auf dem Marktplatz heimgesucht.

Es gelang ihnen, für mehrere Tausend Mark Goldwaren zu stehlen. Die Einbrecher haben ein Parterrefenster ausgehoben, sind so in das erste Stockwerk gelangt, haben die Decke über dem Juwelierladen durchbrochen und sich an einem Seil herabgelassen. Bis jetzt fehlt von ihnen jede Spur.

† Hildesheim, 3. Sept. Die Stadtorbneien beschloßen die dreifache Erhöhung der Billettsteuer für Kinematographen. Ausgenommen von dieser Erhöhung sind bildende Vorstellungen.

† Hildesheim, 2. Sept. Nach dem Genuß von Rinderwurst von einem erkrankten Tiere sind in Schwiegerhäusern 30 Personen erkrankt.

† Eisenach, 2. Sept. Der Gemeinderat beschloß in seiner letzten Sitzung die Gebühren für die Feuerbestattung auf 40 Mk. in Klasse I, 25 Mk. in Klasse II und 15 Mk. in Klasse III herabzusetzen. Die Stelle des Polizeikommissars, der am 1. Oktober nach mehr als 40jähriger Dienstzeit in den Ruhestand tritt, soll mit einem Antragsgehalt von 3500 Mk. und einem Endgehalt von 5000 Mk. ausgeschrieben werden. Um die Stelle des Stadtbauverwalters haben sich 84 Personen beworben, von denen 5 zur engeren Wahl gestellt wurden.

† Eisenach, 2. Sept. Der Großherzog hat genehmigt, daß das Gaswirtschaftsgebäude an der Wartburg durch ein den Bedürfnissen des gesteigerten Verkehrs besser entsprechendes Wirtschaftsgebäude ersetzt werde, dessen Errichtung demnächst begonnen werden soll. — Der Bezirksverband Jungdeutschland des Eisenacher Kreises zog in einer Stärke von 500 Mann nach dem Schloß Wilhelmstal, dem Sommerort der großherzoglichen Familie. Unter Führung des Vizepräsidenten Strauß begaben sich die jungen Leute in den Schloßhof, wo sie vom Großherzog und seiner Gemahlin erwartet wurden. Der Großherzog gab seiner Freude und seinem Danke für die Kundgebung Ausdruck und wies auf den großen Wert der Bestrebungen des Bundes Jungdeutschland hin.

† Meiningen, 2. Sept. Ein schweres Unglück ereignete sich gestern Abend gegen 9 Uhr auf der Panneberger Straße in der Nähe der Stadt Meiningen. Die Pferde eines mit einer Gesellschaft besetzten Wagens gingen durch. Der Wagen stürzte um und die Insassen wurden herausgeschleudert. Eine Frau wurde dabei sofort getötet; ein Mann und eine andere Frau wurden schwer verletzt. Die übrigen Insassen kamen mit dem Schrecken davon. Der Wagen wurde zerschmettert.

† Leipzig, 2. Sept. Wie das „Leipz. Tagbl.“ aus Bodenbach meldet, entgleiste gestern nachmittag ein Personenzug der Eisenbahnlinie Dresden-Bodenbach bei Bodenbach. Fünf Personen wurden schwer, eine Anzahl leicht verletzt. In dem Zuge befanden sich viele sächsische Touristen.

† Jitzau, 2. Sept. Das Stadtverordneten Kollegium beschloß einstimmig, eine Petition um Maßnahmen gegen die Teuerung, besonders gegen die Fleischteuerung, an die Staatsregierung zu richten.

† Greiz, 2. Sept. Warnung vor Werbern für die Fremdenlegion. In dem Nachbarorte Schönfeld trat vorgestern Abend und gestern ein fremder Mann auf, der es in geschickter Weise verstand, sich an einen Kreis jugendlicher Turner heranzumachen. Er gab fleißig Bier aus und veruchte sich bei den jungen Leuten dadurch einzuschmeicheln, daß er ihnen tabaklosen Wurst und kräftigen Körper lobte. Schließlich war er in die Hand der Turne und verlangte Unterdrückten der jungen Turnen. In der Vorüberwindung war, so wurden die Turner kühnig und fetter auch auf den Wein. Auch in einem hiesigen Gastlokal hatte der Werber kein Glück. Der Werber ist ein beliebter Mann und trägt einen Knebelbart. Junge, unerfahrene Leute seien immer wieder gewarnt.

Vermischtes.

* (Opfer der Hitze in — Amerika) Während eines Schauturnens auf dem Universitäts-Turnplatz in Columbus im Staate Ohio sind, wie ein Kabelgramm aus New York meldet, am Sonntag sechszig Kinder und vierzig Erwachsene von der Hitze

übermannt worden, so daß die Veranftaltung abgebrochen werden mußte. In Chicago war am Sonntag mit über 40 Grad Celsius der heißeste Tag des Sommers. Vier tödliche Hitzschläge sind dort zu verzeichnen, während in New York ebenfalls tödliche Hitzschläge.

* (Metallarbeiterstreik) Im Rheinland wird es nach der Meinung aus Köln nunmehr doch zu einer gemäßigten Restprobe zwischen den Metallarbeitern und den Arbeitgebern kommen. Die Arbeiter haben bekanntlich auf Verkürzung der Arbeitszeit gerichtete Forderungen eingereicht. Aber die Antwort der Arbeitgeber darauf wurde am Sonntag in 22 allein vom christlichen Metallarbeiterverband einberufenen Verhandlungen der Metallindustrie in angesehener Unternehmung erklärten sich zu einigen Zugeständnissen bereit, die Hauptforderungen können in diesem Umfang, wie die Arbeiter sie stellen, nicht bewilligt werden. In den Verhandlungen wurde erklärt, daß Angebot der Unternehmung sei nicht annehmbar. Es würde deshalb demnächst zum Streik und voranschreitend zu einer großen Ausbreitung kommen. Im Köln-Mülheimer Gebiet kommen allein 50 000 Metallarbeiter in Betracht.

* (Madecatt einer Verjährungsfrist) Aus Nizza wird gemeldet: Die Sängerin Madeleine Grondona hat den aus russischer Familie stammenden Nikolai v. Fawich, der sechs Jahre lang ihr Geliebter war, durch fünf Revolvergeschosse getötet, weil Fawich ihr keine vor mehreren Monaten erfolgte Verheiratung bewilligt hatte.

* (Eine aufsehenerregende Fälscheraffaire) In Italien, in die Mitglieder des italienischen Hochadels verwickelt sind, wird dem „A. Z.“ aus Rom gemeldet: Nach längeren Nachforschungen auf Grund einer in ihren Beweggründen noch unklaren Denunziation durch einen Mitverhafteten, den römischen Grafen Salzagappa, ermittelte die Polizei eine in Italien, der Provinz Viterbo und in Rom arbeitende Fälscherbande von Banknoten, Schatzbons, Zetteln, Rentenbriefen usw. Individuelle, Kaufleute und Söhne aristokratischer Familien sind an der Verbreitung der gefälschten Wertpapiere und zugleich an der Ausübung mehrerer willkürlicher Verbrechen beteiligt. Die Polizei verhaftete Grafen Salzagappa und Vabellini, die Kaufleute Giovanni Sangalli und mehrere Techniker.

* (Wohnung eines Schützenmanns) In der Nähe von Altona, in der Nacht zum Montag wurde in Altona ein Schützenmann von mehreren Personen angegriffen und seines Lebens beraubt, so daß er von seiner Schwelge Gebrauch machen mußte. Dabei erlitt er den Arbeiter Karl Hamal.

* (Trauriger Ausgang eines Streites) Sonntag Abend gegen 10 Uhr war der 48 Jahre alte Erbpächter Kruse in Dreitzgrün bei Naußlitz in Mecklenburg, der dem Trunke ergeben ist, mit seiner Familie im Streit geraten. Der 65 Jahre alte Nachwächter Kruse wurde zu Hilfe gerufen. Mit diesem geriet Kruse in bestigen Wortwechsel und zog zuletzt das Messer, mit dem er den Nachwächter erschlug.

* (Fünfzigjähriges Jubiläum der Firma Opel) Die Automobil- und Fahrradwerke von Opel in Rüsselsheim begeben am Sonntag Abend in die Feier des fünfzigjährigen Bestehens. Die Familie Opel istres 50jährige Bestehen. Die Familie Opel listetres aus Anlaß des Jubiläums 150 000 Mk. für den Pensionsfonds und 130 000 Mk. für gemeinnützige Zwecke der Stadt Rüsselsheim.

* (Er mordung zweier Kinder durch eine Greisin) In Kronshof bei Mährisch-Schönberg ermordete die greise Wilhelmine Welle ihre fünf- und zehnjährigen Enkel. Die Wüderin, die offenbar irrsinnig ist, ist jetzt verhaftet worden.

* (Schweres Unglück auf einer Firmes) In Werden (Mittelrhein) vom Firmes stattfand, löste sich beim Rangieren von elektrischen Wagen der Gelberwerdener Straßenbahn an einer Stelle, die in der Nähe des Firmesplatzes ein Anhangwagen und laute die ziemlich tiefe Straße hinab direkt in den Firmes zu stürzen. Durch einen starken Wurf, der von dem Wagen angesetzt wurde, wurde die Schlingel der Fahr vermindert und somit ein viel größeres Unglück herbeigeführt. Die Zahl der Verletzten beträgt neun, darunter vier Schwerverletzte. Sämtliche Verletzten wurden ins Krankenhaus gebracht. Der Schaffner wurde verhaftet. — Wie eine spätere Meldung besagt, sind von den Verletzten neun Personen zu 18 Monaten im Alter von 9 und 13 Jahren im Krankenhaus zu verurteilen. Von den andern Verletzten schwebt noch einer in Lebensgefahr.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von T. H. Köhner in Merseburg.

Wohnungsmachung.
Nach den neuerdings ergangenen Anordnungen sind sämtliche am 7. und 8. W. in hiesiger Stadt unterzubringenden Mannschaften vom Feldwebel abwärts mit Verpflegung (Offiziere nur mit Morgenkost) einzunquartieren.
Die bereits ergangenen Anordnungen für den ohne Verpflegung sind hinfällig.
Merseburg, den 3. Sept. 1912.
Die Einquartierungs-Deputation.
Wohnung, part., 65 Tlr., veränderungslos, s. 1. Okt. 3. verm. Off. u. V. 14 an die Exp. d. W.
Eine kleine Stube an ordentlich Frauensperson zu vermieten und 1. Okt. zu beziehen. Wert 9.
Laden m. geräum. Wohnung, Kolnstr. p. 3. Kolonialwaren-geschäft u. a. Lage, 1. Merseburg o. Umgegend p. 1. 1. 18 auch später zu mieten gesucht. Offert. m. Preis u. Ang. d. Räume erb. bitte 8 100 postlag. Weichenfels.

Freundl. möbl. Zimmer zu vermiet. An erste in der Exp. d. W.
35 M. verberge auf sichere Ang. u. P. 35 postl. Bad Elsterdinge.
2 Bettstellen
billig zu verkaufen
Or. Alterstr. 1, Hof. 2. Et.

Billig! Billig!
Keine Fleischnot mehr!
Mittwoch von 7 Uhr an auf dem Markt, Stand vor Hotel Sonne:
Ausschlachten eines Riesen-Schweinfisches.
Das Fleisch dieses Fisches ist ohne Gräten, sehr schmackhaft, fest wie Kalbfleisch, 1 Pfd. nur 45 Hg. In anderen Städten fand viele Fischorte reichenden Absatz.
ff. frischer Seelachs, Seeaal, Cabitan, 1 Pfd. 20—23 Pf.

Fabrikgrundstück
mit zwei je ca. 200 qm großen hellen Arbeitsräumen mit ext. ohne Holzwerk-Masch- und Automobiler (12 Hm.) sofort zu vermieten oder zu verkaufen. Näheres bei
6. Kundt, Merseburg, Friedr. Str. 11.

Einem Schweinefatten und zwei emaillierte Schweineerträge verkauft
Soja billig zu verkaufen
E. Bernhardt, Gotthardstr. 42.
Hochfeinen Sauerkohl,
2 Pfd. 15 Pf.,
neue Heringe,
2 Stück 15 Pf., 3 Stück 20 Pf.,
ff. marinierte Heringe, ff. Marmelade, grüne Ware, Kartoffeln u. Obst
empfehlen
Frau Berta Röncke,
Johannisstraße 8,
Marktand: Stadtküche.

Blau Cheviots
zu Kostümen
offert als Spezialität in allen Preislagen
Rosera Nachf.,
a. d. Geisel 6.
Gartenbau-Vereln.
Donnerstag den 5. September abends 8 1/2 Uhr
Verammlung
im „Linoli“ Der Vorstand
Strümpfstricken wird angenommen
Johannisstr. 14, part.
Led. Pferdeflecht
sofort gesucht Knabenstr. 17.
Eine Aufwartung
wird gesucht
Gaulstr. 14.

Zur Reinlichkeit gehört auch die innere Desinfektion!
Dr. Klebs' Yoghurt-Tabletten
 aus Reinkulturen v. Bacill. bulgar. Metchnikoff, garantiert mindestens 6 Monate wirksam, vorzögl. Darm-Desinfizienz, regeln: Magen- u. Darmstörungen, beseitigen die Fäulnisbakterien u. verhüten dadurch d. tägl. Selbstvergiftung, Blinddarm-Entzündung, Arterienverkalkung u. frühzeitiges Altern. 45 Tabletten = 2,50 M. Grosser Karton a 100 Tabletten = 5,00 M.
Dr. Klebs' Yoghurt-Ferment
 zur Selbstbereitung v. Yoghurt. 1 Glas 2,50 M., ausreichend 3 Monate (1/2-1 Lit. Yogh. tägl.). Zu haben in den meisten Apotheken u. Drogerien. In Merseburg in der Domapotheke Prospekte und Proben kostenlos vom Bakteriell. Laborat. von Dr. E. Klebs, München 33.

„Mein Kind hatte eine **Flechte**, die allen Mitteln trostlos, wohl auch verschwand, aber immer wieder auftrat. Zuletzt verfuhr ich Zuder's „Salberna“ und bin erstaunt, wie schnell u. gründlich das Uebel dadurch beseitigt wurde.“ (stärkste Form) bei H. Kupper u. Dr. Kiesel, Drogerien.

Aufmerksame Bedienung. Mässigste Preise.
Karl Jänzer
 Adolf Schüfers Nachfolger
 Merseburg. Entenplan 7.
 Spezial-Geschäft für
Leinen- und Baumwollwaren
Bettwäsche Bettfedern Betten
 Fernspr. 259.
 Solide Qualitäten. Grosse Auswahl.

Leiterwagen
 mit starken Achsen und stark gelackten Reifen. Große Auswahl in allen Größen.
Albert Kunth, Gothardstrasse Nr. 30
 Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Zum Markte in Almsdorf
 von Freitag den 6. bis Montag den 9. September halte ich mit einer größeren Anzahl meiner anerkannt besten
Getreideernteungs-Maschinen
 zum Verkauf. Ferner haben zum Verkauf: Mähmaschinen, verschieden. Systeme, eigenes Fabrikat, Sägem- und Wringmaschinen, Buttermaschinen u. Zentrifugen, Handpumpen, Hühnerschneider, Kartoffel-schneidern, Dezimalwagen und Schwinge.

Marie Müller Nachfl.
 M. Merker und H. Sachse
 empfehlen ihre
Neuheiten
 in
Reise- u. Sporthüllen
 für Herbst und Winter.
 Umpress- und Färbhüte sowie Wasch- und Färbefedern bitten schon jetzt, da später längere Lieferfristen beansprucht werden müssen.

Fr. Carl Höder, Gleina,
 Maschinenbauanstalt.
Erinnerungsblätter
 sind noch vorrätig
 Verlag des „Correspondent“
 Orlamünde 9.

Dr. Thompson's Seifenpulver
 führt den Schwan als Schutzmarke weil es die Wäsche schwanenweiß macht.
 Zum Ersatz der Rasenbleiche nimmt man das garantiert unschädliche Bleichmittel
„Seifix“ bleicht selbsttätig!

Blüfee-Presserei,
 hoch und hoch, wird jederzeit sauber angefertigt
 Herrn. Baar ten., Markt 3

Ritter Flügel Pianos
 Piano-fabrik Gross. Sch. Hofmeister Halle a. S. Begründet 1888
 begründen Ihren Vertrau durch
 edigene Arbeit,
 grossen vornehmen Ton und
 äusserste Widerstandsfähigkeit
 Filiale Merseburg, Obere Burgstrasse. Vertr.: Rud. Meckert.

Emalgeschilder in allen Größen
Sag- und Widel-Garnmaschinen
 aus Leinen, Loden u. Leder
Ernst Kullies, Entenplan 4, Fernruf 421.

Färberei K. Mauersberger
 Filiale: Merseburg, Markt 15.
 Färberei und Reinigung von Damen-, Herren- und Kindergarderoben, Möbelstoffen, Pelzwerk, Federn, Handschuhen usw.
Gardinen-Wäscherei.
 Ermässigte Preise. Schnelle Bedienung.

40 Stück
 allerbesten, junger Wefermarck, Rube und Färjen, als hochtragende und neu-milchende mit den Rälbern (vorzügliches Milchvieh), sowie
Zuchtbullen
 stehen Freitag den 6. d. M. bei mir zum Verkauf.
E. Nürnberger, Merseburg, Telephon Nr. 28.

Das selbstgemachte Kleid gewährt eine Fülle von Befriedigung und Freude, wenn es gut gelungen ist. Jede Dame, die **Favoritschnitte** verwendet, kann auf sicheren Erfolg rechnen. Anleitung durch das neue **Favorit-Moden-Album (60 Pl.)** bei **Marie Müller Nachflg.** M. Merker & H. Sachse.

Zum Dampfdruck
 empfehle
Steinkohlen, Steinkohlen-Briketts, Maschinenöl, konst. Maschinenfett, Puckwolle, Treibriemenschmiere, Planen
Eduard Klauss,
 Fernruf 27. Merseburg, Windberg 3. Fernruf 27.

Wanderer-, Seidel & Naumann-, Brennabor-, Presto-, Triumph-Fahrräder
 empfiehlt zu billigsten Preisen, auch gegen Abzahlung
Oskar Baar, Entenplan 9, Tel. 204.

Alle Inserate
 für auswärtige Zeitungen
 befördert schnell und ohne Aufschlag
Merseburger Correspondent
 Abt. Annoncen-Expedition.

Rheuma-
 kranken erziehen durch eine Fraktur im Genick mit Wundwörter **Marck-Sprudel** Günstigste rasch Erleichterung und Hilfe. Die Gelenke werden von Schmerzen und Schwellungen befreit, der Körper von den Krankheitsstoffen entlastet und die harnsauren Ablagerungen beseitigt. Von zahlr. Professoren und Ärzten glänzend begutachtet. Fl. 95 Pf. bei H. Kupper und Dr. Kiesel, Droger.

Zur Erinnerung a. d. Ginzug d. Kronprinzenpaars ist als zweite Karte von mir angefertigt:
Empfangs-Galon : Ehrenspforte :
 am Bahnhof auf einer Karte, Gotthardistor
 Preis nur 10 Pf. pro Stück, 8 Stück 50 Pf.
Albert Bruns, Gothardstrasse 27.

zu den vielen Urkunden über die „Segnungen“ der Finanzreform von 1909!

(Kaiserliche Marine) Der Schulkreuzer „Santal“ hat von Wilhelmshaven aus die Winterreise nach Westindien angetreten.

Merseburg und Umgegend.

3. September.

** Bürgermeister Dr. Haacke hat einen Urlaub von 4 Wochen angetreten. Die Vertretung hat während dieser Zeit Stadtrat Barth übernehmen.

** Am Montag, dem Sebantage, wurde 84 Veteranen unserer Stadt die von der Stadt bewilligte Veteranenpende von je 10 Mk. im Rathsaue überreicht. Stadtrat Barth richtete an die ergrauten Krieger der großen Zeit eine kurze Ansprache, worauf die Verteilung vorgenommen wurde.

** Die Merseburger Kriegervereine begingen gestern das Nationalfest, den Erinnerungstag von Sedan, in recht würdiger und eindrucksvoller Weise. Vom Schulplatz bewegte sich der stattliche Fackelzug an der Spitze des Stadthauptes, unter Führung des hiesigen Vorsitzenden des Kreis-Kriegerverbandes, Rechnungsrat Eichardt, nach dem Kriegereidmal, das in üblicher Art illuminiert war. Hier wurde der Gefallenen des großen Krieges durch Gutsabnahme gedacht, worauf die erste Strophe des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden“ gesungen wurde. Dann erfolgte der Weitermarsch durch die Hallesche Straße, Wilhelm- und Seiffertstraße nach dem königl. Schloß; von hier durch die Domstraße und Döberingstraße nach dem Neumarkt bis zum Pfarrhaus und zurück in das Stranbischlöden. Überall säumten dichte Menschenmassen die Straßen ein. Die Kinder trugen ebenfalls Fackeln und Laternen und viele Bürger gaben durch Abtönen von Rufentwurf und Hausillumination dem Gange einen festlichen und gehobenen Anblick. In Stranbischlöden war bald der Saal bis auf den letzten Platz besetzt. An der Ehrenfest nahmen General-Kommissionspräsident v. Behr, Sup. Prof. Pithorn und Landrat Dr. Nitsche Platz. Die hiesigen Behörden waren nur durch die Stadtverordneten Frauenheim, Herfurth und Hölke vertreten. Nach einem einleitenden schneidigen Marsch hielt Landrat Dr. Nitsche die Festansprache. Er wies mit Nachdruck darauf hin, daß es nationale Selbstachtung sei, den Erinnerungstag der Schlacht bei Sedan festlich zu begehen. Er teilte ferner mit, daß es ein nationaler Pflichten sei, die Verwundungen der Schlacht bei Sedan festlich zu begehen. Er teilte ferner mit, daß es ein nationaler Pflichten sei, die Verwundungen der Schlacht bei Sedan festlich zu begehen.

** Aus der Pflanzenwelt. Durch die anhaltenden Regenfälle hat sich in diesem Jahre das Laub der Bäume und auch das Gras schön frisch und grün erhalten. Der sonst sehr auflockernde Sommerstaub, der dem Blattwerk stets ein stumpfes, milbes Gepräge gibt, fehlt in diesem Jahre gänzlich in unsern prächtigen Anlagen. Jetzt sehen wir am Gotthardtsche das Schilf in seinen glänzenden Bedeln blühen; der Hopfen ist hoch empor gerannt und zeigt seine gelb-grünen Fruchtbüschel. Die Erbsen hat reiche Früchte angefüllt, ebenso in großen Stücken abschält und die neue, gelbe hervorsteht, daß sie somit ihr Kleid wechselt — daher auch die hier landesübliche Bezeichnung „Kleiberbaum“. Gewarnt sei aber auch jetzt, namentlich die Rindvieh, vor den nun reifenden Giftbeeren. Es sind hauptsächlich die verlodend tief-schwarzen, wie Heidelbeeren aussehenden sehr giftigen Beeren des schwarzen Nachtschattens (solanum nigrum) und die korallenroten Früchte des rankenden Bittersüß (solanum dulcamara), die leider alljährlich immer noch ihre Opfer fordern.

** Fußballsport. Am Sonntag spielte die erste Mannschaft des „Co. Männer und Junglingsvereins“ gegen die gleiche Elf des Turnervereins „Rohstein“ mit 2:0 für Turnverein „Rohstein“. Erstere spielten mit zwei Mann Erfolg.

** Nachweisung über die Bevölkerungsvorgänge in der Stadt Merseburg vom 1. August bis 31. August 1912:

1. Einwohnerzahl am 1. August 1912 22 320
2. Zugang durch a) Zuzug 842
b) Geburt 39

3. Abgang durch a) Verzug 328
b) Sterbefall 22

Zul. 345
4. Es ergibt sich somit ein Mehr 39

Bestand der Einwohnerzahl am 1. Septbr. 1912 22 359

** Die Domkirche mit all den vielen Lebenswichtigkeiten war am Sonntag das Ziel der hier einquartierten Soldaten. Mit Interesse wurde alles in Augenschein genommen und Domkünstler Drehkopf war den jungen Vaterlandsverteidigern, die die Erlaubnis hatten, ein verlässlicher Führer. Über 1000 Soldaten, Offiziere und Mannschaften, belagerten den Kenntnis von den hervorragenden Lebenswichtigkeiten des Merseburger Domes.

** Das Opfer eines raffinierten Gaunertricks wurde auswärts die Verkäuferin eines Wädeladens. Bei ihr erschien abends gegen 9 Uhr ein Herr ohne Kopfbedeckung und ersuchte sie unter Vorzeigen einer Geldrolle, die 50 Mk. in Fünfpfennigstücken enthielt, sie in Gold einzuwechselt, was die Verkäuferin in ihrer an Dummheit grenzenden Vertrauensseligkeit auch tat. Erst als der Gauner den Laden verlassen hatte, bemerkte sie, daß die Rolle nur 74 Fünfpfennigstücke enthielt. Der Fremde war im Alter von 30 bis 35 Jahren und von mittelgroßer, untersehter Gestalt. Es ist anzunehmen, daß der Gauner auch hier eine Geldrolle geben wird, weshalb Vorsicht beim Einwecheln von Geld angebracht ist.

** Eine Kartoffel im Gewicht von 575 Gramm ging aus von Herrn Marz in die Höhe. Sie legen das inabellos gewachsene Exemplar in unserer Redaktion aus und wünschden dem Abfänger gleichzeitig, daß er recht viele solcher schönen Fruchtstollen erntet. Eine Sonnenrose, die uns von einem hiesigen Gartenbesitzer zugeht, hat 32 Zentimeter Durchmesser und säßt hiermit auch zu den beachtenswertesten großen Exemplaren.

** Die Veranlassung über die Bedingungen, unter denen der Kreis Merseburg zu den Unterhaltungsstellen des städtischen Krankenhauses eine Beihilfe von 5000 Mk. gewährt.

Der Verwendung der unter 7 genannten Kreisbeihilfe, Berichterstatter Stadtr. Frauenheim. Der Kreis Merseburg hat der Stadt zu den Unterhaltungsstellen des Krankenhauses eine Beihilfe von 5000 Mk. gewährt mit der Verpflichtung, daß die Belegung des Krankenhauses durch freispendende Kranke bis zu 25 Prozent der Gesamtbelegungszahl erfolgen darf. Von Beihilfe sind die für die Belegung des Krankenhauses in Anspruch zu bringen. Der Magistrat hat die Bedingungen genehmigt und gleichzeitig beschlossen, daß in diesem Jahre die Beihilfe zur Vermeerung der Wäscheküchen, des Kücheneintrags usw., Erhöhung der Wäscheküche von 72 auf 82 und Ergänzung des ärztlichen Instrumentariums verwendet werden soll. Der Berichterstatter erucht um Annahme der Beihilfe und Genehmigung der vom Magistrat vorgeschlagenen Verwendung.

Auf Anfrage des Stadtr. Cise betont Stadtrat Dehne, daß die Lieferung der Wäsche in mehreren Posten an hiesige Geschäftsläden vergeben werden soll. Stadtr. Frauenheim stimmt der Verwendung der Beihilfe, namentlich bezug der Wäsche, in allen Punkten zu, da die Beihilfe die Wirtschaftliche beiläufige.

Die Veranlassung genehmigt beide Anträge.

9. 1000 Mk. Beihilfe aus den überflüssigen der städtischen Erlöse zur Anschaffung einer neuen Turmuhr für die Memmelschloß-Gemeinde. Berichterstatter Stadtr. Hübel. Die Kirchengemeinde St. Thomas ist um Gewährung einer Beihilfe für die Reparatur der Turmuhr eingekommen. Da sich aber keine Aussicht auf Erfolg zeigt, schlägt die Stadt vor, die Beihilfe unter Verfall des jährlichen Anzuges von 36 Mk. der Kirchengemeinde eine Beihilfe von 1000 Mk. zu gewähren, wenn eine neue Uhr beschafft wird. Die Gewährung der Beihilfe wird begründet mit der Tatsache, daß für die Beschaffung einer guten Turmuhr ein öffentliches städtisches Interesse vorliegt. Der Berichterstatter beantragt Genehmigung der Vorlage.

Stadtr. Hübel beantragt, die Gesamtkosten für eine neue Uhr auf die Stadt zu übernehmen. Die Gemeinde will die Zifferblätter beschaffen. Er begründet dies mit der Armut der Memmelschloß-Gemeinde, die bereits jetzt 36 Froh, und vielleicht später nach Vollendung der Kirchenreparatur 50 Froh Kirchensteuer zahlen muß. Der Berichterstatter Dr. Haacke beantragt, daß eine gute und richtiggehende Uhr eine Notwendigkeit sei. Die ganzen Kosten aber auf die Stadt zu übernehmen, geht nicht an, sei auch nötig, da in dem Memmelschloß bereits für die Reparatur ein Betrag eingestellt worden ist, der zur Neuanschaffung der Uhr verwendet werden kann. Den weitergehenden Antrag bittet der Berichterstatter um Genehmigung der Stadt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

b) der katholischen Volksschule für 1910. Die Einnahme veranschlagt 534 Mk., die Ausgabe 3557 Mk. Der Zugang betrug mithin 3023 Mk. Berichterstatter Stadtr. Hübel.

c) des Altersheims für 1910. Die Einnahme und Ausgabe betrug 17 608 Mk., es war ein Zugang von 6578 Mk. erforderlich. Für Lebensmittel mußten höhere Preise gezahlt werden. Berichterstatter Stadtr. Schöne.

5. Annahme einer Schenkung. Berichterstatter Stadtr. Dr. Haacke. Ein Herr, Hans J. ist in Erfurt gestorben und testamentarisch die Stadt Merseburg zur Erbfolge eingesetzt. Das Kapitalvermögen betrug 8120 Mk., wovon noch 2300 Mk. an Legaten oblagen. Der Zweck der Stiftung soll sein, hilfsbedürftige Personen von über 60 Jahren zu unterstützen. MitDant an die Erblasserin beantragt der Berichterstatter Annahme der Schenkung und Genehmigung der Schenkung. Dies geschieht.

6. Mehrausgabe bei der Instandsetzung des Hospitals St. Sirt. Berichterstatter Stadtr. Frauenheim. In dem Hospital St. Sirt mußten notwendige Reparaturarbeiten vorgenommen werden, wozu die Mittel des Haushaltsplans bei weitem nicht ausreichten. Es mußten u. a. moderne Abortanlagen und Gasbeleuchtung eingerichtet und die Wände und Decken verputzt werden, damit das Ansehen der Stätte verbessert werden konnte. Die Kosten betragen 3300 Mk., von 1800 Mk. wurden abbezahlt. Der Berichterstatter bemerkt, daß nunmehr das Hospital in einen der Stadt würdigen Zustand versetzt worden ist und erucht um Nachbilligung der geleisteten Summe. Die Veranlassung beschließt demgemäß.

7. Beschlußfassung über die Bedingungen, unter denen der Kreis Merseburg zu den Unterhaltungsstellen des städtischen Krankenhauses eine Beihilfe von 5000 Mk. gewährt.

Der Verwendung der unter 7 genannten Kreisbeihilfe, Berichterstatter Stadtr. Hübel. Der Kreis Merseburg hat der Stadt zu den Unterhaltungsstellen des Krankenhauses eine Beihilfe von 5000 Mk. gewährt mit der Verpflichtung, daß die Belegung des Krankenhauses durch freispendende Kranke bis zu 25 Prozent der Gesamtbelegungszahl erfolgen darf. Von Beihilfe sind die für die Belegung des Krankenhauses in Anspruch zu bringen. Der Magistrat hat die Bedingungen genehmigt und gleichzeitig beschlossen, daß in diesem Jahre die Beihilfe zur Vermeerung der Wäscheküchen, des Kücheneintrags usw., Erhöhung der Wäscheküche von 72 auf 82 und Ergänzung des ärztlichen Instrumentariums verwendet werden soll. Der Berichterstatter erucht um Annahme der Beihilfe und Genehmigung der vom Magistrat vorgeschlagenen Verwendung.

Auf Anfrage des Stadtr. Cise betont Stadtrat Dehne, daß die Lieferung der Wäsche in mehreren Posten an hiesige Geschäftsläden vergeben werden soll. Stadtr. Frauenheim stimmt der Verwendung der Beihilfe, namentlich bezug der Wäsche, in allen Punkten zu, da die Beihilfe die Wirtschaftliche beiläufige.

Die Veranlassung genehmigt beide Anträge.

9. 1000 Mk. Beihilfe aus den überflüssigen der städtischen Erlöse zur Anschaffung einer neuen Turmuhr für die Memmelschloß-Gemeinde. Berichterstatter Stadtr. Hübel. Die Kirchengemeinde St. Thomas ist um Gewährung einer Beihilfe für die Reparatur der Turmuhr eingekommen. Da sich aber keine Aussicht auf Erfolg zeigt, schlägt die Stadt vor, die Beihilfe unter Verfall des jährlichen Anzuges von 36 Mk. der Kirchengemeinde eine Beihilfe von 1000 Mk. zu gewähren, wenn eine neue Uhr beschafft wird. Die Gewährung der Beihilfe wird begründet mit der Tatsache, daß für die Beschaffung einer guten Turmuhr ein öffentliches städtisches Interesse vorliegt. Der Berichterstatter beantragt Genehmigung der Vorlage.

Stadtr. Hübel beantragt, die Gesamtkosten für eine neue Uhr auf die Stadt zu übernehmen. Die Gemeinde will die Zifferblätter beschaffen. Er begründet dies mit der Armut der Memmelschloß-Gemeinde, die bereits jetzt 36 Froh, und vielleicht später nach Vollendung der Kirchenreparatur 50 Froh Kirchensteuer zahlen muß. Der Berichterstatter Dr. Haacke beantragt, daß eine gute und richtiggehende Uhr eine Notwendigkeit sei. Die ganzen Kosten aber auf die Stadt zu übernehmen, geht nicht an, sei auch nötig, da in dem Memmelschloß bereits für die Reparatur ein Betrag eingestellt worden ist, der zur Neuanschaffung der Uhr verwendet werden kann. Den weitergehenden Antrag bittet der Berichterstatter um Genehmigung der Stadt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Der Magistrat beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen. Der Berichterstatter beantragt, die Kosten für die Beschaffung der Uhr zu übernehmen.

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Abholung von unten Ausgabestellen; bei Zustellung ins Haus durch unsere Kurierboten in
der Stadt und auf dem Lande anderen Wohnorten; durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf.
Kontoguth. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal mit der Übersetzung nachmittags.
Nachdruck unserer Originalaufnahmen ist nur mit schriftlicher Genehmigung gestattet.
Für Rücksende unvollständiger Einblendungen übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 sejtig. illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die eins. Zeile über dem Raum für Werbung und andere
Anzeigen 10 Pf., kleinste Anzeigen 25 St., ansonsten pro Zeile
20 St., im Restenteil 40 St. Bei fortwährender Ges. entfallender Anzeigen
Gesamter für Ertragsblättern nach Vereinbarung. Für Werbungen und Offiziersanzeigen
besondere Preisbestimmung, nach Anzeigentext und Verordnungen. Geschäftszeit
Anzeigentext für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleinere
Anzeigen bis frühestens 9 Uhr, Samstagsanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 207.

Mittwoch den 4. September 1912.

39. Jahrg.

Der Berliner Aufruf für Chemnitz.

Die in voriger Woche abgehaltenen Generalversammlungen der sozialdemokratischen Partei in den sechs Berliner Reichstagswahlkreisen lassen den Schluss zu, daß es auf dem Parteitag in Chemnitz doch vermutlich zu recht lebhaften Auseinandersetzungen kommen wird. Wenn in den neuesten Versammlungen der Berliner Sozialdemokratie konstatiert wurde, daß die Organisation sojuzugleich auf dem einen Punkte angelangt ist und vielerlei Mängel aufweist, so ergaben die erwähnten Generalversammlungen das Resultat, daß die Berliner Genossen auch in der Stellungnahme zu politischen und taktischen Fragen keineswegs eine geschlossene und daher impomerende Einheit bilden. Die Auffassungen zu den politischen Tagesfragen gehen vielmehr in der Berliner Sozialdemokratie weit auseinander.

Die Verhandlungen, über die in „Vorwärts“ ein ausführlicher Bericht vorliegt, bieten eine ganze Reihe interessanter Momente.

Im ersten Wahlkreise nannte der Abg. Ströbel die Kaiserzeit eines der Schmerzenszeiten der Partei, er schlug aber vor, die Feier in den „schmerzhaften Grenzen“ bestehen zu lassen, in denen sie sich heute abspielt. Hinsichtlich des Stichwahlabkommens nahm Ströbel einen vermittelnden Standpunkt ein. Er war gegen die Schaffung eines Parteiausschusses, der dem Parteivorstande zur Erledigung wichtiger politischer Fragen zur Seite gestellt werden soll, und die Sonderkonferenzen hielt er für das gute Recht der Abgeordneten.

Auf einen wesentlich anderen Standpunkt stellte sich der Abg. Fischer im zweiten Wahlkreise. Er wandte sich in der ihm eigenen drastischen Art gegen die Darstellung, als ob der Parteivorstand „verdorben“ sei und als ob ihm „feisches Blut“ eingeschloßt werden müsse. Bei dem ungehörigen Einfluß von Hebel und Singer aber sei es selbstverständlich, daß eine Zeit, als sie krank waren, die Zügel schleiften. Es spreche nicht gegen die Demokratie, wenn Männer wie Hebel und Singer einen ganz außerordentlichen Einfluß besitzen! Eine Vermehrung der Parteivorstandsmitglieder sei überflüssig. Fischer sprach scharf gegen die Eisenacher Konferenz der Reichstagen und überhaupt gegen alle Sonderkonferenzen, und er trat für die Schaffung des Parteiausschusses ein. Das Stichwahlabkommen fand seine volle Billigung: „Wenn man die Freisinnigen veranlassen wollte, eine Parole für uns auszugeben, dann müßten wir auch Zugeständnisse machen. Man kann kein Abkommen treffen, wenn die anderen keine Einsicht bekommen, und so war es nötig, nicht sie, sondern wir zu machen.“

Im dritten Wahlkreise nannte der Abg. Fischer die Kaiserzeit eines der Schmerzenszeiten der Partei, er schlug aber vor, die Feier in den „schmerzhaften Grenzen“ bestehen zu lassen, in denen sie sich heute abspielt. Hinsichtlich des Stichwahlabkommens nahm Ströbel einen vermittelnden Standpunkt ein. Er war gegen die Schaffung eines Parteiausschusses, der dem Parteivorstande zur Erledigung wichtiger politischer Fragen zur Seite gestellt werden soll, und die Sonderkonferenzen hielt er für das gute Recht der Abgeordneten.



anderen Rednern, daß die Reichstagsfraktion auf dem Parteitag nach wie vor volle Vertretung habe. Der Landtagsabg. Wozniak sprach scharf gegen das Verbot der Sonderkonferenzen, das jetzt mit einemmal ausgesprochen werden solle, während die Revisionisten solche Konferenzen schon immer abhielten. Eine Resolution, die Annahme fand, verurteilte das Stichwahlabkommen.

Im fünften Wahlkreise konstatierte dagegen der Abg. Wels, daß dieser Kreis die Stichwahlakt des Parteivorstandes gebilligt habe. Er empfahl warm die Einlegung des Parteiausschusses und bekämpfte den von Ledebour vorgeschlagenen politischen Beirat. Walszky sagte er: „Wer die Verhältnisse kenne, könne die Namen der fünf oder sieben Genossen an den Fingern aufzählen, die es für das dringende Erfordernis halten, daß sie jetzt die Führung der Partei übernehmen.“ Die Sonderkonferenzen der verschiedenen Richtungen in der Partei seien in der Reichstagsfraktion seit längerer Zeit im Gange; nichts könne der Partei so schädlich werden wie solche Konferenzen. Der Abg. Schmidt suchte zwar diese „Entfaltungen“ seines Reichstagskollegen Wels über die Trennungslinie zwischen den verschiedenen Richtungen der Partei abzuwischen, stimmte aber im übrigen vielfach mit Wels überein. Hinsichtlich des Stichwahlabkommens erklärte Schmidt, belänlich einer der ruhigsten Leute seiner Partei: Im Sturze der schwarz-blauen Mehrheit hätte jedes Mittel recht sein müssen; es werde für das Proletariat nichts gewonnen, wenn wir nur immer geradeaus fährten; im Parlament müsse jede Situation ausgenützt werden, und die 110 Mandate müßten nichts, wenn nicht eine bürgerliche Opposition in bestimmten Fragen mit der Sozialdemokratie zusammengehe.

Ganz anders lauteten natürlich die Reden im sechsten Wahlkreise. Hier wurde ein Antrag, die Sonderkonferenzen zu verurteilen, abgelehnt, dagegen ein scharfer Protest gegen das „fluchwürdige“ Verhalten des Abg. Landsberg während des Kaiserhochs angenommen. Herr Ledebour verteidigte die Sonderkonferenz in Eisenach und beklagte es bitter, daß man nicht überall nur solche Reichstagsmandatarien aufstelle, die „voll und ganz“ auf dem Boden der Parteibeschlüsse stehen, wo die radikale Richtung stets gefügt habe. Ledebour gab an zu, daß es viele Fragen gibt, so zum Beispiel die Budgetfrage, die Kolonialfrage, wo die Meinungen innerhalb der Fraktion auseinander gehen. Und auch Vieles in der konstatierte diese Tatsache; er griff die Revisionisten scharf an, sprach von „denagogischen Klaffen“ derselben und empfahl, mit den „sozialistischen Monatsheften“ reinen Tisch zu machen.

Aber die Frage, wie der Parteivorstand in Zukunft zusammengefaßt sein und wie die Reichstagsfraktion auf den Parteitagen vertreten werden sollte, gingen die Meinungen der verschiedenen Redner himmelweit auseinander.

Der Eindruck, daß die Sozialdemokratie sich in einer starken inneren Gärung befindet, ist durch diese Verhandlungen der Berliner nur noch bekräftigt worden. Es entwickelte sich da eine Erscheinung, die derjenigen nach dem großen Siege von 1903 analog ist. Wenn auch Szenen wie 1903 in Dresden, 1912 in Chemnitz nicht zu erwarten sind, so sind doch die Gegensätze innerhalb der Partei vielleicht noch schwerwiegender, weil sie mehr auf sachlichen als auf persönlichen Momenten beruhen.

Militarisierung der Armee.

D. E. K. Wie das Experiment mit dem Zentrumsministerium den Ultramontanen Nut macht, um auch das letzte nationale Volkswort, das Volkswort, in ihre Hand zu bekommen, wurde in der zweiten bayerischen Kammer bei der weiteren Beratung des Militäretats offenbar. Der Zentrumsabg. Steets ließ die Frage soweit aus dem Saal, daß er unter dem schönen Vorwand, aus der Kaiserzeit eine Erziehungsschule in sittlicher, religiöser und vaterländischer Beziehung zu machen, anregte, Mittel durch die Militärverwaltung bereitzustellen, damit den Soldaten, in der Kaiserzeit in der freien Zeit die Bekümmernisse „Tagesblätter“, die nicht antikristlich, antichristlich, antinational sind — man beachte die Reihenfolge — ermöglicht

werde. An diesen niedlichen Vorschlag, die Politik in die Kaiserzeit hineinzutragen, um gleich frisch weg vom Kaiserhof für den Zentrumsstaat die nötige besessene Macht zu werden, schloß Steets einige Drohungen, damit die Militärverwaltung doch weiß, um was es der herrschenden Partei zu tun ist: „Der Grundriß sollte nicht gelten: Catholica non legatur. Auch die katholische vaterländische Presse sollte den Soldaten zur Verfügung gestellt werden.“ Auf den Zunder aber werden alle sogenannten „Kirchenfeindlichen“ Blätter gezekt und das Zentrum um mindestens hoch Erzbischof von Bistinger bestirmt, was dazu geführt, um unter diese Rubrik zu kommen. Eine wirksame Dreifachheit! Zumal wenn man weiß, wie veränderlich das Zentrum mit dem Schlagwort „Kirchen- und christenfeindlich“ umgeht.

Indessen, die Sache ist nicht leicht zu nehmen; was ändern, die mit dem Wesen des Ultramontanismus weniger bekannt sind, als dummer Scherz oder als Hyphantaler erscheinen kann, ist den Vorkämpfern klerikaler Macht durchaus ernst. Der Jesuit Gohausz hat auf dem Aachener Katholikentag nach angefangen in feivolster Demagogikart Militärrevolutionen an die Wand zu malen, als ob unsere Verhältnisse sich überhaupt mit denen in Portugal, an Venedig und in Belgien vergleichen ließen, dann hieß der Zentrumsabg. Frhr. von Franckenstein in der bayerischen Kammer in die gleiche Kerbe mit seinen verschiedenen Andeutungen über „Simplizitätsmaßnahme“ im bayerischen Offizierskorps, und schon früher hat die Zentrumspresse, um für die jeitlichen Militärerzetzlichen Propaganda zu machen, in gemeingefährlicher Übertreibung unser Heer als verjucht hingestellt. So das Regensburger Zentrumsblatt des Abg. Held, das behauptete, 50 Prozent unserer Offiziere seien geschlechtskrank. Das find alles die gleichen Versuche, um durch unwahre Verallgemeinerungen gläubige Gemüter bis in die allerhöchsten Kreise hinein irrezumachen, damit sie dann willig sind, die „retende“ Jesuitenhand zu ergreifen.

Woll man den Staat unter kirchliches Kuratel stellen will, darf das Heer davon keine Ausnahme machen. Der Abg. Steets verlangte, daß die Kompagniechefs die Kontrolle über die den Soldaten zu gewöhnliche Lektüre an die Geistlichkeit abtreten sollten. Und in Vorbringen haben vier Kapläne, weil sie sich in die militärische Ordnung nicht fügen wollten, ihre Beschwerde auf die Drohung mit parlamentarischer Zentrumsache zugespitzt. An solchen Symptomen ultramontaner Unterwürfigkeitsarbeit, die nicht mit dem Wort „Übertritt“ abgetan ist, sondern Sühnen hat, kann man nicht mehr gleichgültig vorübergehen. Der bayerische Kriegsminister hat sich in der Kammer für die „Anregungen“ des Abg. Steets garnicht weiter einzugehen. Aber wahrscheinlich ist er damit dem Zentrum, dem er als Protektant sowieso nicht in den Kram paßt, nun erst recht „inspußt“ geworden, und wenn erst die Jesuiten da sind, wird man auch vor Kriegsministern nicht mehr Halt zu machen brauchen.

Zur Fleischsteuerung.

Das christliche Gewerkschaftskartell in Bonn hat, der „Barn. Bg.“ zufolge, an das Verbürgermeisteramt einen Antrag auf Maßregeln gegen die Fleischsteuerung gerichtet. Als geeignete Mittel zur Abhilfe werden empfohlen der Engros-Bezug von Schlachtvieh oder Fleisch durch die Stadt und Verkauf an die Arbeiter zum Selbstkostenpreise in eigenen Verkaufsstellen, oder Abgabe an Metzgermeister, die das Fleisch zu festgesetzten Preisen mit angemessenem Gewinn an die Arbeiter verkaufen, zeitweilige Aufhebung oder Winderung der Schlachtobliegenheiten und Fleischbeschaulosen für diejenigen Fleischhändler, die zu ermäßigten Preisen an die Arbeiterkundschaft verkaufen, sowie ein Ersuchen der Stadt an die Regierung, ihrerseits durch Erleichterung der Vieh- oder Fleischsteuer die augenblickliche Notlage zu beistehen. Nur die bis zu 8000 Mark Fleischsteuerungen sollen zum billigen Fleischbezug berechtigt sein.

Die Abhilfsmassnahmen der Landwirte. Zahlreiche Landwirte beabsichtigen, wie der „Schles. Bg.“ geschrieben wird, sich zusammenzuschließen, um große Schwemmenaktionen ins Leben zu rufen. Besonders in der Urtmark sollen solche großen